

Schritte in Richtung einer ökologisch verantwortlichen Gesellschaft - politische und theologische Perspektiven ökologischer Gerechtigkeit, Kiew 03.07. - 10.07.2011

Daniel Obergfell

Der Rahmen des Trainingskurses

Sieben Tage lang setzten sich 24 Interessierte im Alter zwischen 19 - 36 Jahre in der Nähe von Kiew, Ukraine, mit der Bedeutung von ökologischer Gerechtigkeit in der heutigen Gesellschaft auseinander.

Der Trainingskurs "Political and theological perspectives on Ecological Justice", fand im Rahmen einer dreijährigen Kampagne ("Taking Steps Towards ecologically responsible society") des Ecumenical Youth Council in Europe (EYCE) statt, die das verantwortliche Handeln gegenüber der Schöpfung von Jugendlichen des Netzwerks des EYCE und dessen Partnerorganisationen zum Ziel hat. In vier, über den Tag verteilten Einheiten von ein bis zwei Stunden wurde den TeilnehmerInnen durch Vorträge, Gruppenarbeit und -diskussionen so wie handwerkliche Workshops Methoden und Instrumente vermittelt, um als Multiplikatoren das Bewusstsein von ökologischer Gerechtigkeit und entsprechenden Handlungsbedarf in eigenen Netzwerken zu wecken, zu fördern und zu intensivieren. Die kulturell und sprachlich facettenreiche Zusammensetzung der Gruppe - (es waren TeilnehmerInnen aus mehr als zehn verschiedenen Ländern dabei; darunter aus Armenien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Irland, Lettland, Polen, Rumänien, Serbien und Tschechien) wie auch unterschiedliche religiöse Hintergründe (katholische, orthodoxe und protestantische Christen, sowie ein Teilnehmer mit jüdischem Hintergrund) waren dabei sicher mit Gründe für ergebnisreiche Diskussionen.



Wie sind Ökologie und Gerechtigkeit miteinander verbunden?

In den Diskussionen waren v.a. die Auswirkungen des Klimawandels sehr präsent. Hier wurde z.B. über Klimaflüchtlinge nachgedacht. Durch steigende Wasserpegel und fortschreitender Desertifikation werden Millionen von Menschen zur Migration gezwungen. Unklar ist jedoch, was mit diesen Menschen geschehen soll: Sollen Klimaflüchtlinge mit den gleichen Rechten wie beispielsweise Kriegsflüchtlinge ausgestattet werden? Wie kann eine gesetzliche Grundlage dazu aussehen? Wäre Europa bereit einen Teil der Flüchtlinge aufzunehmen?



Ein anderer Punkt war die Reduktion von CO₂-Emissionen. Eine Reduktion gemäß des Verursacherprinzips ausschließlich durch die entwickelten Länder reicht vermutlich nicht aus, den Klimawandel zu stoppen. Wie können die Entwicklungs- und Schwellenländer auch in die Pflicht genommen werden, ohne diese zu benachteiligen? Sollen Emissionsreduktionen an Geld- und Technologietransfer gebunden werden?

In einem Simulationsspiel wurde die COP17 simuliert, wobei deutlich wurde wie kompliziert es ist, nationale Interessen zu vertreten und gleichzeitig einschränkende

Zusagen zugunsten des Klimas zu machen. Oft waren Entscheidungen nicht zwingend auf einer Grundlage von Fakten, sondern abhängig von Zusagen anderer, konkurrierender Nationen getroffen worden.

Am Ende der Woche wurde über den Nutzen und die Charakteristika einer „greed line“ („Gier-Grenze“) oder auch „wealth line“ (Wohlstandsgrenze) diskutiert. Die Frage ist, ob es analog zur Armutsgrenze auch eine Grenze geben sollte, ab der per Definition Wohlstand herrscht und die man nicht überschreiten sollte? Von welchen Faktoren sollte so eine Grenze abhängig sein? In was für einem Kontext sollten solche Faktoren (z.B. Einkommen) gesehen werden? Regional, landesweit, global, relativ zum BIP eines Landes? Wie sollte damit umgegangen werden? Sollte der Staat Regularien erstellen, oder kann eine solche Wohlstandsgrenze nur durch ein gesellschaftliches Umdenken entstehen? Besonders interessant wurde die Diskussion durch die unterschiedlichen Hintergründe der TeilnehmerInnen aus eher kapitalistisch geprägten Volkswirtschaften in West- und den postkommunistischen Länder in Osteuropa.



Und weiter?

Bei der Diskussion am Ende des Seminars ging es um konkrete, umsetzbare Projekte im eigenen Land. Mir fiel auf, dass in Deutschland relativ zu den anderen Ländern zum einen Themen der Umwelt in der öffentlich Wahrnehmung sehr stark präsent sind und es zum anderen schon viele Projekte zur Umweltbildung gibt. Ein Tag an dem die ganze Bevölkerung aufgerufen wird Müll zu sammeln (Let's-Do-It-Kampagne¹), würde in Deutschland wohl nicht so viel Aufmerksamkeit erhalten, weil es schon ein etabliertes Müllsystem gibt. Fahrrad-Reparaturtage als Werbung für umweltgerechte Mobilität gab es schon des öfteren.

Sich neuartige Umweltprojekte auszudenken und durchzuführen sollten meiner Meinung nach nicht die Hauptbemühungen der christlichen Jugendarbeit in Deutschland ausmachen. Es gibt in diesem Feld viele NRO, mit denen auf lokaler und nationaler Ebene zusammengearbeitet werden kann, um diese Arbeit nicht alleine stemmen zu müssen.

Um das Bedürfnis nach verantwortlichem Handeln als Geschöpf Gottes der Schöpfung gegenüber zu transportieren, ist es besonders wichtig mit Jugendlichen den dahinterstehenden Diskurs zu führen. Den Jugendlichen sollen nicht nur die Instrumente zum verantwortlichen Handeln gegeben werden, es soll ihnen auch klar sein, warum sie sie benutzen sollen.

¹ www.letsdoitworld.org